Bundestagswahl 2013: Junge Wähler haben etwas anders abgestimmt

Mannheim. Die Forschungsgruppe Wahlen hat in einem Bericht kurz nach den 18. Wahlen zum Deutschen Bundestag am 22. September in diesem Jahr erste Analyseergebnisse vorgestellt. Sie basieren auf Umfragen, die bis zum Wahltag durchgeführt worden sind. Diese sind repräsentativ und differenzieren das amtliche Endergebnis aus. Danach war die CDU/CSU mit 41,5% bei einem Zuwachs von 7,7% klar die stärkste Kraft geworden. Die SPD hatte sich von ihrem Allzeittief im Jahre 2009 nur um 2,7% verbessert und 25,7% erreicht. Während damit zum ersten Mal seit fast einem halben Jahrhundert beide großen Parteien zulegen konnten, haben die drei kleineren Bundestagsparteien – vor vier Jahren ausnahmslos mit Rekordergebnissen – leichte bis dramatische Verluste erlitten.

Die Linke kommt auf 8,6% (-3,3) und wird erstmals drittstärkste Kraft vor den Grünen mit 8,4% (-2,3).Die FDF bricht fast zweistellig ein und bleibt, als Partei mit den meisten Regierungsjahren und von Beginn an im Bundestag, mit 4,8% (-9,8) jetzt ganz ohne Mandat.

Ausschlaggebend für den Wahlausgang war das überragende Image von Angela Merkel. 60% der vor der Wahl Befragten wünschen Sie sich als zukünftige Kanzlerin, nur 31% ihren Konkurrenten Peer Steinbrück von der SPD. 52% fanden die CDU-Vorsitzende sympathischer, während nur 18% den SPD-Kandidaten für sympathischer hielten. Auch bei den Werten für Durchsetzungsfähigkeit, Glaubwürdigkeit und Sachverstand erzielte sie mehr als dreifach so hohe Zustimmungswerte wie ihr Gegenkandidat. Lediglich in Bezug auf den Einsatz für soziale Gerechtigkeit lag Steinbrück mit 34% vor Merkel mit 26%. Die Forschungsgruppe Wahlen führt den Merkel-Erfolg auch auf den nicht-polarisierenden Wahlkampf der Kanzlerin zurück. Schon vor der Wahl wünschten sich mehr als die Hälfte aller Wähler für die Regierungsbildung eine Große Koalition.

Zentrale Stütze des Unionssieges ist wie gewohnt die Generation der 60-Plus. In dieser großen und beteiligungsstarken Wählergruppe schafft die Union 49%. Im Detail 44% bei den ab 60-jährigen Männern und sogar 53% bei den ab 60-jährigen Frauen. Dagegen kommt die CDU/CSU bei allen Wählerinnen und Wählern unter 30 Jahren auf unterdurchschnittliche 34%, die SPD kann sich hier gegenüber 2009 um sieben Prozent auf 24% verbessern. Im Hinblick auf das Wahlverhalten dieser jüngeren Altersgruppe ist wiederum auffällig, dass 20% kleinen Parteien – einschließlich der Euro-kritischen und rechtspopulistischen „Alternative für Deutschland" (AfD) – ihre Stimme gegeben haben, die nicht in den Bundestag gekommen sind. Bei den Senioren waren dies nur 9%.

In kleinen Orten und Gemeinden ist die Union mehr als doppelt so stark wie die SPD, während in Großstädten die CDU/CSU mit nur 32% weiterhin große Defizite aufweist. Hier kommt die SPD auf eine Anhängerschaft von 30% und auch die Linke und die Grünen erhalten mit 11% und 12% überdurchschnittliche Zustimmung. Zudem bleiben die Grünen wie gewohnt bei den Hochschulabsolventen (15%) und die Linke bei den Arbeitslosen (21%) stark.

Mit der AfD erhielt seit Jahrzehnten erstmals wieder eine ganz neue Partei im Bund viel Zuspruch, die neben diffusem Protest durchaus auch latent populistisches Potential binden könnte. Dies ist angesichts der bevorstehenden Wahl zum Europaparlament im Mai 2014 von erheblicher Bedeutung.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V.

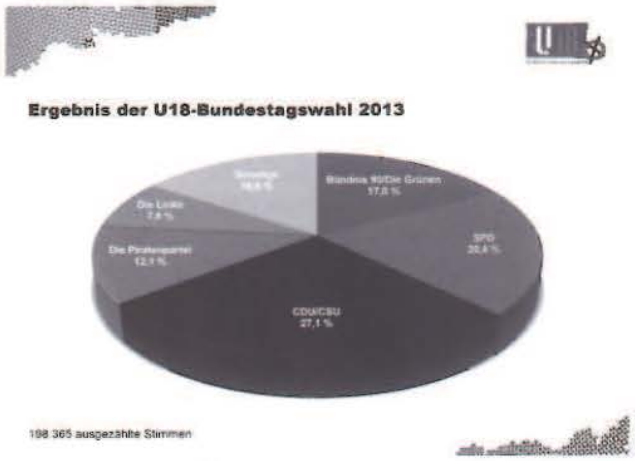
U-18-Bundestagswahl: Amtliches Endergebnis steht fest.

Teilnahmerekord mit knapp 200.000 Kindern und Jugendlichen

Berlin. Das amtliche Endergebnis der U18-Bundestagswahl stand am 18. September 2013 schon fest: Siegerin mit 27,1% der Stimmen wurde die CDU/CSU, es folgen SPD mit 20,4% und Bündnis 90/Die Grünen mit 17,0%. Es wurden die Stimmen von 198.365 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ausgezählt und damit ein neuer Teilnahmerekord verzeichnet. Für die Stimmabgabe hatten sich über 1.500 Schulen und außerschulische Einrichtungen als U18-Wahllokal angemeldet. Ziel des Projekts ist es, junge Menschen für Politik zu begeistern.

Ginge es nach den jungen Wählern, wären außerdem die Piraten mit 12,1% und die Linke mit 7,8% im Bundestag vertreten. Milena Feingold, Bundeskoordinatorin der U18-Bundestagswahl, zum amtlichen Endergebnis: „Wir freuen uns über den neuen Teilnahmerekord bei den U18-Bundestagswahlen. Dass knapp 200.000 Kinder und Jugendliche an der Wahl teilgenommen haben, übertrifft unsere Erwartungen bei Weitem. Die zu jeder U18-Wahl steigende Wählerzahl zeigt, dass junge Menschen ihre Meinung sagen und mitbestimmen möchten. Das U18-Wahlprojekt verleiht ihnen eine Stimme in der Öffentlichkeit und führt sie früh an demokratische Prozesse heran. Wer diese bereits in jungen Jahren kennenlernt, wird sie als gesetzlich Wahlberechtigter auch selbstverständlicher wahrnehmen."

Das amtliche Endergebnis der 198.365 Kinder und Jugendlichen setzt sich wie folgt zusammen: CDU/CSU: 27,1%, SPD: 20,4%, Bündnis 90/Die Grünen: 17,0%, Die Piraten: 12,1%, Die Linke: 7,8%, FDP: 4,6%, Sonstige: 11,0%.



Initiator der U18-Wahl ist das bundesweite U18-Netzwerk, eine der größten bildungspolitischen Initiativen für Kinder und Jugendliche in Deutschland. Ziel des U18-Projekts ist es, junge Menschen dabei zu unterstützen, Politik zu verstehen, Unterschiede in den Partei- und Wahlprogrammen zu erkennen und Versprechen von Politikerinnen und Politikern zu hinterfragen. Kinder und Jugendliche sollen so ihre eigenen Interessen erkennen und formulieren lernen, selbst Antworten auf politische Fragen finden und aktiv ihre eigene Lebenswelt mitgestalten.

Die U18-Bundestagswahl in diesem Jahr wurde bereits zum dritten Mal bundesweit durchgeführt. 2009 hatten knapp 127.000 Kinder und Jugendliche in über 1.000 Wahllokalen ihre Stimme abgegeben. In den Wochen und Monaten vor dem U18-Wahltag fanden unter dem Dach von U18 viele verschiedene Aktionen statt, in denen sich junge Menschen mit Politik, Wahlprogrammen und gesellschaftlichen Fragen beschäftigten. Deutschlandweit gab es weit über 100 Veranstaltungen. Die Stimmabgabe neun Tage vor der amtlichen Bundestagswahl war Höhepunkt und Abschluss aller U18-Projekte.

Organisiert und getragen wird die U18-Initiative vom Deutschen Kinderhilfswerk, dem Deutschen Bundesjugendring, den Landesjugendringen, vielen Jugendverbänden und dem Berliner U18-Netzwerk. Gefördert wird die U18-Initiative vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundeszentrale für politische Bildung. Die PR- und Werbeagentur united communications sowie lokale Partner unterstützen das Projekt. Auch zur Wahl des Europäischen Parlaments im Mai 2014 wird das U-18-Projekt wieder angeboten. Weitere Informationen über U18 erhalten Sie unter www.u18.org.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Die Mitgliederversammlung des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) hat einen neuen Vorstand gewählt

Bonn. Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V., wurde während der Mitgliederversammlung des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) am 12. November 2013 in Bonn zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Den Vorsitz übernimmt Klaus Waldmann, stellvertretender Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland e. V. und derzeit Sprecher der Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI). Zudem wurden als Beisitzerin Barbara Menke, Bundesgeschäftsführerin des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN e. V. und als Beisitzer Hanns Christhard Eichhorst, Vorsitzender der Gesellschaft der Europäischen Akademien e. V. sowie Lothar Harles, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke e. V. gewählt.

Zentrale Aufgabe des Vorstands wird in den kommenden Monaten die Überprüfung der gegenwärtigen Struktur des bap sein und die Entwicklung der Grundlagen für eine neue Rechtsform. Im Bundesausschuss Politische Bildung haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel ist es, sich für die Weiterentwicklung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zu engagieren und der politischen Bildungsarbeit eine öffentliche Präsenz zu verschaffen.

bap

Juniorwahl 2013: mehr als eine halbe Million Schüler mit einer Wahlbeteiligung von 88,5 Prozent!

Berlin. Bei der Juniorwahl liefen die Drähte heiß: bis Freitag, den 20.09. 2013 um 18 Uhr haben die Juniorwahl-Schulen ihr Wahlergebnis an die Organisatoren übermittelt. 568.433 Schülerinnen und Schüler waren wahlberechtigt, 503.024 davon haben ihre Stimme bei der Juniorwahl abgegeben, klassisch durch eine Papierwahl oder online am Computer. Die Wahlbeteiligung liegt bei 88,5 Prozent – „Ein mehr als beachtliches Ergebnis", so Projektleiter Gerald Wolf: „Dass die Wahlbeteiligung bei der Juniorwahl so hoch ist, ist ein klares Zeichen dafür, dass von Politikverdrossenheit bei Jugendlichen keine Rede sein kann. Unser Dank gilt vor allem den über 20.000 beteiligten Lehrerinnen und Lehrern, die mit Ihrem Engagement nachhaltig einen Beitrag zur Stärkung unser Demokratie leisten."

Das endgültige Gesamtergebnis der Juniorwahl 2013 zur Bundestagswahl wurde am Sonntag, den 22. September um 18 Uhr unter www.juniorwahl.de veröffentlicht.

Hintergrund der Juniorwahl

Die Juniorwahl führt Schülerinnen und Schüler ab der Jahrgangsstufe 7 unter anderem durch die Simulierung des Wahlvorgangs an die Prozesse der demokratischen Willensbildung heran und bereitet sie auf ihre eigene Partizipation im politischen System der Bundesrepublik Deutschland vor. Ziel der Juniorwahl ist das Üben und Erleben von Demokratie. Seit 1999 wird das Projekt bundesweit zu allen Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen durchgeführt. Seither haben sich mehr als 1,5 Millionen Jugendliche beteiligt – damit zählt die Juniorwahl zu den größten Schulprojekten in Deutschland. Nach intensiver Vorbereitung im Unterricht führt en die Jugendlichen in der Woche vor der Bundestagswahl 2013 eine Juniorwahl durch.

Die Juniorwahl 2013 zur Bundestagswahl stand unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestages Prof. Dr. Norbert Lammert und wurde u.a. durch das Bundesfamilienministerium gefördert.

Juniorwahl steigert Wahlbeteiligung bei Erstwählern und Eltern

Damit ist der Grundstein für ihre spätere Teilnahme an der „echten" Wahl gelegt, denn wie wissenschaftliche Studien und repräsentative Wahlstatistik aus der Vergangenheit ergeben haben, steigert die Juniorwahl die Wahlbeteiligung in der Gruppe der Erstwähler um bis zu 9,2%. Ein beachtliches Ergebnis angesichts der kontinuierlich sinkenden Wahlbeteiligung gerade bei jungen Wählern und eine Chance, Jugendliche wieder für das Thema Politik zu begeistern: http://www.juniorwahl.de/bremen-2011.html. Bei den Eltern der Teilnehmer konnte eine Steigerung der Wahlbeteiligung um durchschnittlich 4% nachgewiesen werden. Grund hierfür sind die politischen Diskussionen in den Familien, angeregt durch die Juniorwahl.

juniorwahl.de

Schülerinnen und Schüler der Klasse 9a haben die Juniorwahl an ihrer Schule, dem Graf-Stauffenberg-Gymnasium in Osnabrück, mit einem Projekt zur Wahlanalyse nachbereitet.

Foto: Stefan Buchholz, Neue Osnabrücker Zeitung